

**SAFER WORLD** is a private independent international internet information network

[www.safer-world.org](http://www.safer-world.org)

**newsletter 90 / 29. 09. 2005**

## **AKTIV - REACH**

Von Sonja Haider, Women in Europe for a Common Future, Germany:

Liebe Engagierte!

REACH geht in die entscheidende Runde. Leider sind die letzten Berichte aus Brüssel ziemlich schlecht. Die Industrie- und Binnenmarktausschüsse (ITRE und IMCO) haben gravierende Änderungen eingebracht. Unserer Meinung nach bedeuten sie mehr Bürokratie, sind ineffektiv und die Beweislast wandert wieder mehr zu den Ämtern.

Doch noch ist nicht aller Tage Abend. Am Dienstag 4. Oktober stimmt der Umweltausschuss (ENVI) alle Änderungen ab, um dann die gesammelten Werke dem europäischen Parlament am 16. Nov. Vorzulegen. Der Umweltausschuss hat die Schlüsselposition.

Deshalb wäre es klasse, wenn Ihr und/oder Eure Organisationen noch ein mail an alle dt. ENVI-Mitglieder schickt mit der Bitte um die Berücksichtigung von Gesundheit und Umweltschutz. Um es Euch leicht zu machen, habe ich die mail-Adressen unten aufgeführt. Besser ein kurzer Text statt gar nix!!

Unten die Pressemitteilung von WECF.

---

Deutsche Mitglieder des ENVI-Ausschusses : Url nicht mehr im Netz

Sonja Haider, Women in Europe for a Common Future, Germany WECF e.V., Website:

<http://www.wecf.org>

\*

Women in Europe for a Common Future: München, den 26.10.2005:

### **Wieder ein bürokratischer und unwirksamer Brüsseler Gesetzeskoloss?**

Europäischer Umweltausschuss entscheidet über Europäische Chemikalienverordnung REACH

Das Tauziehen um das neue europäische Chemikalienrecht geht in die entscheidende Runde. Am 4. Oktober entscheidet der Umweltausschuss über Änderungen zu REACH (Registrierung, Evaluierung und Autorisierung von Chemikalien) und damit über die Gesetzesvorlage, die dann allen Parlamentariern Mitte November zur Abstimmung vorgelegt wird. REACH ist zum Symbol dafür geworden, ob es der Europäischen Union gelingt, Interessen der Industrie mit den Anforderungen des Umweltschutzes und der Gesundheitsvorsorge in Einklang zu bringen.

Nach Aussagen der Umwelt- und Frauenorganisationen WECF, Women in Europe for a Common Future, und die Europäische Women's Lobby, droht REACH jedoch zu einem verwässerten, unwirksamen und bürokratischen Gesetzeskoloss zu werden, sollte der Umweltausschuss den

Änderungen, die zugunsten der Industrie vorgenommen wurden, zustimmen. Sie fordern deshalb die Mitglieder des Ausschusses auf, sicherzustellen, dass fundamentale Aspekte der vorgeschlagenen REACH Verordnung nicht untergraben sondern gestärkt werden.

Das größte derzeitige Gesetzesvorhaben der EU sollte ein großes Plus an Gesundheits- und Umweltschutz bringen. Bislang werden 95 % der Chemikalien in Europa vermarktet ohne auf negative Auswirkungen auf Gesundheit und Umwelt getestet worden zu sein. REACH sollte Abhilfe schaffen, indem die Beweislast von der Ungefährlichkeit genutzter Stoffe von den Ämtern auf die Industrie verlegt werden sollte und die Chemikalien nach Tonnage bestimmten Tests unterzogen werden sollten.

Die jüngsten Entwicklungen und Änderungen durch einige Ausschüsse und der europäischen Kommission, können diese Zielvorgaben ad absurdum führen.

Statt 100.000 Chemikalien sollen nur noch ein Zehntel ausreichend getestet werden. Ohne ausreichende Daten lassen sich jedoch die gesundheitsschädlichen Chemikalien nicht identifizieren und durch gesunde Alternativen ersetzen.

Mit diesen Änderungen wird die Beweislast von der Ungefährlichkeit verwendeter chemischer Substanzen wieder bei den Ämtern liegen. Sie müssen von der Industrie Daten einfordern, was Jahre dauern kann und extrem bürokratisch und uneffektiv ist - wie schon die derzeitige Neustoffverordnung zeigt.

Laut Daniela Rosche, politische Koordinatorin von WECF, sollten die Mitglieder des europäischen Umweltausschusses nicht dem Druck der Industrie nachgeben. Jetzt ist der Zeitpunkt standhaft zu bleiben und im Interesse von Frauen, Männern und künftigen Generationen zu handeln. Wir brauchen einen besseren Gesundheits- und Umweltschutz in Europa. Das letzte was EuropäerInnen brauchen, ist ein weiterer Beweis der Geringschätzung von Bedürfnissen der BürgerInnen."

Ansprechpartnerin: Sonja Haider, s. o.

=====

## CHEMIKALIEN - REACH

EU-ÖkoNews · Hiltrud Breyer MdEP Nr. 4/05 Aktuell: EU - Umweltpolitik

### **Rollback in der EU - Umweltpolitik zunächst abgewehrt**

Die Europäische Kommission hat am 20. Juli über die Kosten umweltpolitischer Maßnahmen beraten. Es war zu befürchten, dass in dieser Orientierungsdebatte der offizielle Startschuss für ein Rollback in der EU - Umweltpolitik fallen würde.

Denn Anfang Juli legte der Präsident der EU-Kommission, Jose Manuel Barroso, gleich zwei Umweltvorhaben auf Eis, die EU-Umweltkommissar Dimas noch im gleichen Monat präsentieren wollte: Die Initiative zur Verbesserung der Luftqualität und die Strategie zum Schutz der Meere. Die offizielle Begründung: Die Debatte der Europäischen Kommission solle zunächst Klarheit über die Kosten der geplanten Maßnahmen schaffen.

Die beiden Strategiepapiere gehören zu einem Bündel von insgesamt sieben Umweltvorhaben, für die das 6. Umweltaktionsprogramm einen konkreten Auftrag gibt: Bis spätestens 22. Juli 2005 sollte die EU-Kommission zu diesen sieben drängenden Umweltproblemen Lösungsstrategien vorschlagen. Mit den beiden Entwürfen wollte Dimas diese Vorgabe des Umweltaktionsprogramms wenigstens teilweise fristgerecht erfüllen. Noch Anfang Juli versprach er im Europäischen Parlament, bis zum Jahresende auch zu den fünf restlichen Schwerpunktthemen Strategien vorzulegen.

Es ist zu begrüßen, dass die EU-Kommission am 20. Juli letztlich von ihren Plänen abgerückt ist, die Umweltpolitik aufs Abstellgleis zu stellen. Die Strategien zu den Schwerpunkten des 6.

Umweltaktionsprogramms sollen nun im Herbst vorgestellt werden (Programme zur Verbesserung der Luftqualität, zum Schutz der Meere, zum Schutz des Bodens, der natürlichen Ressourcen, der urbanen Umwelt, zur Abfallminderung und zur Reduzierung von Pestiziden). Allerdings hat die Kommission in ihrer Orientierungsdebatte entschieden, das Verhältnis von Umweltschutz und Lissabon-Strategie zu prüfen. Damit ist zu befürchten, dass eine Hintertür für die Abschwächung der Strategien offen gelassen wird.

Beispiel für ein drohendes Rollback: Großangriff auf die Reform des Europäischen Chemikalienrechts  
So wurde aus Kommissionkreisen bekannt, dass sich der deutsche Industriekommissar Verheugen bei Kommissionspräsident Barroso dafür stark macht, REACH weiter abzuschwächen. Das Problem: Innerhalb der Europäischen Union sind rund 100.000 Chemikalien in Listen erfasst.

Bezogen auf die Gesamtmenge der Chemikalien, die jedes Jahr in der EU vermarktet werden, haben 99 Prozent dieser Stoffe nie ein

offizielles Anmeldeverfahren durchlaufen. Diese gefährliche Unwissenheit soll REACH endlich beseitigen. Der bisherige Entwurf sieht vor, diese Substanzen schon dann auf ihre Gefährlichkeit zu testen, wenn ein Unternehmen jährlich mindestens eine Tonne produziert bzw. importiert.

Die nun durchgesickerten Änderungswünsche Verheugens sehen hier einen massiven Rückschritt vor. Denn danach sollen die Stoffe

nur noch dann geprüft werden, wenn die Jahresmenge pro Hersteller bzw. Importeur mindestens 100 Tonnen beträgt. Diese Änderung hätte gravierende Folgen: Während nach dem bisherigen Entwurf rund 30.000 Chemikalien unter REACH fallen würden, müsste die Industrie nach den neuen Plänen nur für sechs Prozent der Stoffe Sicherheitsdaten liefern.

Damit bliebe von der geplanten Reform des Chemikalienrechts nichts mehr übrig.

Nachhaltige Entwicklung - Abschied von der Vorreiterrolle?

Kommissar Verheugen (Wirtschaft) und Barroso wollen mit ihren Vorstellungen angeblich sicherstellen, dass der Umweltschutz die Wirtschaft nicht beeinträchtigt. Dabei betrug bereits im Jahr 2003 der Weltmarkt für Umwelttechnologien rund 500 Millionen €. Mit einer Wachstumsrate von jährlich fünf Prozent liegt dieser Bereich deutlich über dem allgemeinen Wirtschaftswachstum. Allein in Deutschland hat der Klimaschutz in den letzten 5 Jahren ca. 155.000 Arbeitsplätze geschaffen.

Seit dem Amsterdamer Vertrag von 1997 ist die EU rechtlich verpflichtet, den Umweltschutz auch bei der Gestaltung anderer Politikbereiche zu berücksichtigen. - Die EU darf die Augen nicht vor drängenden Umweltproblemen schließen, sondern muss sich zum weltweiten Vorreiter in der Umweltpolitik machen.

Hintergrundinformationen: Auf der Homepage [www.hiltrud-breyer.de](http://www.hiltrud-breyer.de)

EU-ÖkoNews · Hiltrud Breyer MdEP

Nr. 4/05 Aktuell: EU - Umweltpolitik

\*\*\*

21.09.05

### **Giftcocktail in neuen Autos / BUND fordert strenges EU-Chemikaliengesetz**

Berlin (ots) - Die Innenraumluft von Autos ist mit nahezu 100 verschiedenen giftigen Chemikalien belastet. Das ergaben

Untersuchungen des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) und seiner österreichischen Schwesterorganisation "Global 2000" an sechs PKW-Modellen. In den Autos von Opel, Mercedes-Benz und Renault wurden neben den als krebserregend geltenden Substanzen Formaldehyd und Benzol mehr als 50 flüchtige organische Verbindungen (VOC) in zum Teil gesundheitsschädlichen Konzentrationen nachgewiesen. Verwendet werden diese Chemikalien in Lacken und Textilfarben. Sie gelangen durch Ausgasung in den Innenraum und können sich auch als hauchdünner Film an den Innenseiten der Autoscheiben ablagern. Die Messungen ergaben, dass die Chemikalien bei Sonneneinstrahlung deutlich intensiver ausgasen. Der höchste gemessene VOC-Wert betrug 15 Milligramm pro Kubikmeter Raumluft. VOC-Belastungen ab einem Milligramm können bei empfindlichen Personen Augen-, Atemwegs- und Hautreizungen hervorrufen. Autos der Marken Mitsubishi, Volkswagen und Alfa Romeo wiesen ebenfalls erhöhte VOC-Werte auf.

BUND-Chemieexpertin Patricia Cameron: "Der Giftcocktail in den Autos ist Besorgnis erregend. Die Konzentration der Chemikalien

überschreitet die erlaubten Grenzwerte teilweise um ein Vielfaches. Wenn Wissenschaftler beispielsweise für Formaldehyd einen Maximalwert von 0,125 Milligramm pro Kubikmeter Luft empfehlen, in Autos aber die dreifache Menge gefunden wird, muss dringend gehandelt werden."

Die rund 100 gefundenen Chemikalien würden in der Europäischen Union seit langem eingesetzt und gehörten zu den rund 100 000 sogenannten "Altstoffen". Nur für einige dieser Stoffe, deren Gefährlichkeit eher zufällig entdeckt worden sei, gebe es geeignete Analysemethoden. Um alle Altstoffe genau untersuchen und schädliche Substanzen ersetzen zu können, müsse die derzeit auf europäischer Ebene verhandelte Chemikalienverordnung mit dem Kürzel REACH möglichst streng

ausgelegt werden. REACH steht für Registrierung, Evaluierung (Bewertung) und Autorisierung (Zulassung) von Chemikalien. Anfang Oktober wird der Umweltausschuss des Europäischen Parlaments über den umstrittenen Gesetzentwurf zu REACH abstimmen.

Cameron: "Noch Monate nach Herstellung der Autos gasen die Chemikalien in die Raumlufte der PKW's aus und gefährden die Gesundheit der Fahrer und Mitfahrer. Nur eine wirksame Chemikalienverordnung verbessert den Umwelt- und Gesundheitsschutz. Wir fordern den Industriekommissar Günther Verheugen und die Autoindustrie deshalb auf, sich für möglichst strenge REACH-Regeln einzusetzen."

Die Testergebnisse zur Innenraumbelastung der Autos sind im Internet unter [http://www.bund.net/lab/reddot2/pdf/hg\\_autotest.pdf](http://www.bund.net/lab/reddot2/pdf/hg_autotest.pdf) abrufbar.

Originaltext: BUND, Digitale Pressemappe: <http://presseportal.de> URL steht nicht mehr zur Verfügung. /story.htx?firmaid=7666

Patricia Cameron, BUND-Chemieexpertin, Tel. 030-27586-426 bzw. Rüdiger Rosenthal, BUND-Pressesprecher:  
Tel. 030-27586-425, Fax: -449 E-Mail: [presse@bund.net](mailto:presse@bund.net) Internet: [www.bund.net](http://www.bund.net)

Anmerkung Scherrmann: Seit fast 10 Jahren schreibe ich Behörden, Autofirmen, ADAC, VCD, ... an wegen der PKW-Innenraumproblematik. Auch hier zeigt sich, dass Canaries bzw. die Menschen mit Chemikalienunverträglichkeit in der Wahrnehmung der schlimmsten Belastungsquellen den anderen immer um einige Nasenlängen voraus sind.

=====

## ELEKTRO-MAGNETISCHE STRAHLUNG

Vom Newsletter der Bürgerwelle e.V., Dachverband der Bürger und Initiativen zum Schutz vor Elektromog:

### **Scientists behaving badly - Wissenschaftler benehmen sich schlecht**

Eine Kurzfassung aus Nature 435, 737-738 (9 Juni 2005) ins Deutsche übersetzt von der Zeitschrift Raum und Zeit  
Publiziert bei Gigahertz am 22.9.05

Viele Wissenschaftler fälschen, beschönigen und lassen unpassende Daten unter den Tisch fallen. Dies ergab eine sehr breit angelegte US-Studie von Dr. Brian Martinson von der Health Partners Research Foundation, Dr. Melissa Anderson und Raymond DeVries von der Universität Minnesota.

Die Beteiligung war sehr hoch

3247 US-Wissenschaftler füllten einen Fragebogen aus, der die Arbeitsweise der Forscher nach ethischen Kriterien abklopft. Die Befragten konnten dabei anonym bleiben.

Das Ergebnis spricht Bände

15,5 Prozent gaben an, unter dem Druck von Geldgebern Design, Methode oder Ergebnisse einer Studie verändert zu haben. Sechs Prozent gestanden ein, dass sie Daten, die ihren bisher gewonnenen Erkenntnissen widersprochen haben, nicht berücksichtigt haben. 0,3 Prozent bekannten, dass sie Daten gefälscht haben.

Unter dem Einfluss der Wirtschaft Martinson zufolge mache das Resultat deutlich, dass die Wissenschaft verstärkt unter den Einfluss von Wettbewerb, Geldgeber und Kommerz geraten sei. Er schlussfolgert: „Wir haben die Wissenschaft zu einem großen Geschäft gemacht, aber versäumt zu erkennen, dass einige der wissenschaftlichen Regeln sich mit diesem Modell nicht gut vertragen.“

Nachdem 33 Prozent der Befragten sich zu einer oder mehreren unlauteren Verhaltensweisen der zehn Hauptfragen bekannt haben, könne „die Wissenschaftsgemeinschaft ein solches Fehlverhalten nicht länger selbstgefällig hinnehmen“.

Quelle: "Nature", 9.6.05 <http://www.nature.com/nature/journal/v435/n7043/full/435737a.html>

Kommentar von Gigahertz: Aus der Zeit des Senderkrieges von Schwarzenburg (1987-1998) wissen wir mit Sicherheit, dass die Wissenschaft zu 75% von der interessierten Industrie, zu 20% vom Staat und nur gerade zu 5% aus Eigeninitiativen lebt. Wobei zu beachten ist, dass für Staatsbeiträge wiederum interessierte Wirtschaftspolitiker ein entscheidendes Wort mitzureden haben. Bei den Erhebungen von Dr. Brian Martinson von der Health Partners Research Foundation, von der Universität Minnesota kann es sich demnach nur um die berühmte Spitze des Eisberges handeln.

Ein verantwortlicher Studienleiter sagte damals (1995) in einem vertraulichen Gespräch: „Wenn ich nicht das schreibe, was meine Auftraggeber von mir erwarten, kann ich für mein Institut nach spätestens 18 Monaten den Konkurs anmelden. Auf jeden Fall müssen Sie bei jeder wissenschaftlichen Arbeit sehr gut zwischen den Zeilen zu lesen verstehen.“ Vielfach behalten sich die Auftrag- und Geldgeber sogar vor, die Zusammenfassung und das Fazit selber zu schreiben. So auch geschehen bei der besagten Gesundheitsstudie um den Kurzwellensender Schwarzenburg, wo sich die UNI Bern am Schluss weigerte den total verdrehten Kurzbericht mit zu unterzeichnen und das UNI-Signet dafür zur Verfügung zu stellen.

Wissenschaftler kann also für ehrliche Leute zu einem Hungerberuf werden. Skrupellose dagegen, können sich rasch eine goldene Nase verdienen. Ein Musterbeispiel (für goldene Nasen) ist die Forschungsstiftung Mobilkommunikation (Research Foundation Mobile Communicatin) der ETH Zürich von Dr. Gregor Dürrenberger, welche zum größten Teil vom Mobilfunkbetreiber Sunrise und für den Rest von Swisscom und Orange finanziert, entsprechend gefärbte Propaganda unter das Volk bringt.

<http://www.gigahertz.ch/953>

Omega siehe auch unter: <http://omega.twoday.net/stories/1008223/>

\*

Auszug aus electrosmog-news  
Wissenschaft und Forschung - Prof. Dr. Hecht

### **Zur Verharmlosung der gesundheitsrelevanten Wirkung von hochfrequenten Radio- und Mikrowellenstrahlungen (einschließlich des Mobiltelefonsystems) auf die funktionellen und körperlichen Prozesse des Menschen.**

Durch eine Postwurfsendung erhielten die Schweizer Ärzte ein Journal „frequentia“ von Herrn Jiri Silny, der die bioaktive Wirkung von hochfrequenten Wellen, speziell des Mobiltelefons und seiner Sendetürme, bestreitet, athermische/biologische Wirkungen als Spekulation bezeichnet, von physikalischen Mechanismen im Organismus spricht, wo sich in der Realität physiologische und pathophysiologische Mechanismen abspielen und selektive Studien anführt, die die Harmlosigkeit der hochfrequenten Mikrowellen, speziell des Mobilstelefons bezüglich der Tumorerkrankungen „belegen“. Als ergänzende Literatur gibt Herr Silny in erster Linie sich selbst an und eine Literaturdatenbank, die die Aufnahme von wissenschaftlichen Arbeiten selektiv behandelt. Herr Silny verschweigt aber z. B. die BUWAL-Studie der Schweiz, die historische Auseinandersetzung zur thermischen und athermischen/biologischen Wirkung von EMF-Strahlung in den USA sowie die gesamte wissenschaftliche Literatur osteuropäisch!

er Länder, in der die Grenzwerte für EMF-Wirkungen um drei Zehnerpotenzen niedriger liegen als in Europa und den USA. Jiri Silny behauptet, dass diese überzogenen Grenzwerte einen ausreichenden Schutz vor gesundheitlichen Schäden bieten.

Mehr Informationen unter : <http://www.hese-project.org/de/emf/News/index.php?lang=de>  
Achtung, diese Dateien sind in Pdf eingebunden und begreifen etwa 20Mb, sprich 200 Seiten!!!

=====

### **GENMODIFIZIERTES SAATGUT**

**EU - Kommission genehmigt Import von genverändertem Mais MON 863**

Die EU - Kommission hat Anfang August im Alleingang den Import der umstrittenen Maissorte MON 863 als

Tierfutter zugelassen, nachdem sich die Mitgliedstaaten nicht hatten einigen können.

Die Genehmigung gilt für 10 Jahre, jedoch nicht für die Verwendung als Lebensmittel und nicht für den Anbau

dieser Maissorte. Die Kommission begründet die Zulassung damit, dass die gentechnisch veränderte Maissorte MON 863 „einer rigorosen Risikoabschätzung unterzogen“ und dass sie „von der Europäischen Behörde

für Lebensmittelsicherheit so sicher wie herkömmlicher Mais eingestuft“ worden sei.

Die Grünen im EP hatten die EU - Umweltminister vergeblich dazu aufgefordert, die Zulassung der Maissorte

zu blockieren. Gemeinsam mit führenden Umweltorganisationen kritisierten sie die Entscheidung der Kommission

scharf. Bedenken zur Sicherheit seien einmal mehr missachtet worden. Sie warfen dem US - Saatguthersteller

Monsanto vor, das Unternehmen wollte eine für das Produkt ungünstige Studie über die Auswirkungen

auf Ratten unterdrücken. Ein deutsches Gericht hatte im Juni entschieden, dass Monsanto einen Testbericht über MON 863 veröffentlichen müsse.

Zwar müssen Futtermittel gekennzeichnet werden, wenn das Produkt gentechnisch veränderten Mais enthält.

Eine Kennzeichnungslücke ermöglicht es jedoch, dass den Verbrauchern Produkte von Tieren, die mit gentechnisch

veränderten Futtermitteln gefüttert werden, untergejubelt werden kann: denn diese Produkte müssen bislang nicht gekennzeichnet werden.

Monsanto hat als weiteren Schritt beantragt, MON 863 für menschliche Nahrungsmittel verwenden zu dürfen.

Die EU - Regierungen sollen darüber voraussichtlich im September abstimmen.

Auch Import von gentechnisch verändertem Rapsölsaatzgut genehmigt

Am 31. August hat die EU - Kommission auch den Import des gentechnisch veränderten Ölraps GT73 von

Monsanto genehmigt. Experten und Minister der Mitgliedstaaten hatten keine Einigung über diese Zulassung

erzielen können, obwohl einige von ihnen Umweltrisiken befürchten. Damit ist der GT73-Ölraps das dritte

Produkt, das auf der Grundlage der Richtlinie 2001/18/EG bewertet und genehmigt wurde.

Dieses Saatgut enthält Resistenzgene gegen das Herbizid Glyphosate. Jetzt ist der Import für die Verwendung

des GT73 Raps als Tierfutter möglich, wenn auch nicht für den Anbau oder für den Gebrauch als Nahrungsmittel.

In Nordamerika wird dieser Ölraps bereits in großem Stil eingesetzt.

In ihrer wissenschaftlichen Bewertung kam die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit zu dem Ergebnis,

dass der Ölraps GT73 „so sicher wie herkömmlicher Ölraps“ sei. Die Grünen und

Umweltorganisationen

dagegen kritisieren die Zulassung. So weist das Bewertungsverfahren zahlreiche Mängel auf, wie z.B.

Greenpeace fest stellt („Greenpeace technical critique of EFSA Opinion on Monsanto`s Roundup Ready Oilseed

Rape, GT73“). Auf Auswirkungen auf die Umwelt beispielsweise sei in der Beurteilung gar nicht eingegangen

worden, obwohl beim Transport oder bei der Verarbeitung durchaus der gentechnisch veränderte Ölraps

ungewollt in die Umwelt entweichen können.

Die Mitgliedstaaten sind nun gefordert, die EU - Gesetzgebung zu nutzen, um nationale Importverbote zu

verhängen.

Weitere Infos: <http://www.foeeurope.org>

Hinweis:

Non-GMO Soy Summit 2005 -

Materialien der Konferenz vom 28. und 29. Juni in Brüssel sind über einen Download Service erhältlich:

Über 110 Industrievertreter aus 16 Ländern und vier Kontinenten trafen sich in Brüssel, um als Unternehmer, Importeure, Finanzinstitutionen, Saatguthersteller oder Nahrungsmittelhersteller gemeinsam die Möglichkeiten auszuloten, eine Zukunft ohne gentechnisch verändertes Soja zu anzustreben. Am zweiten Tag waren auch NGOs und Repräsentanten von europäischen gentechnikfreien Regionen an den Debatten beteiligt. Es können folgende Materialien über die Homepage besorgt werden: Detaillierte Zusammenfassungen für den ersten und zweiten Tag, alle Präsentationen, die auf der Konferenz vorgestellt wurden sowie zusätzliches Hintergrundmaterial. EU-ÖkoNews · Hiltrud Breyer MdEP Nr. 4/05 Aktuell: GVO - Zulassungen

=====

## KURZINFO aus unterschiedlichen Quellen

28.09.2005

### **Beeinflussen berufliche Faktoren das Risiko für einen Morbus Parkinson?**

Bestimmte Berufsgruppen wie Lehrkräfte, Beschäftigte im Gesundheitswesen und in der Landwirtschaft finden sich besonders häufig unter Parkinson-Patienten. Ob diese Berufsgruppen jedoch tatsächlich ein erhöhtes Risiko für einen Morbus Parkinson aufweisen, ist unklar. Im Rahmen einer aktuellen Studie der University of California in San Francisco und dem "The Parkinson's Institute" in Sunnyvale, USA untersuchten Wissenschaftler 2.249 Patienten mit einem Morbus Parkinson oder einem Parkinsonismus. Die Patienten wurden alle aus Spezialkliniken rekrutiert. Von besonderem Interesse für die Forscher waren dabei die berufliche Laufbahn sowie das Alter der Patienten bei Diagnosestellung der Erkrankung. Häufiger als erwartet erkrankten der Studie zufolge Ärzte und Zahnärzte, Beschäftigte in der Landwirtschaft und Lehrkräfte an Morbus Parkinson. Rechtsanwälte, Wissenschaftler und Beschäftigte in der Seelsorge waren insgesamt seltener von der Parkinsonerkrankung betroffen. Einen besonders frühen Krankheitsbeginn konnten die Wissenschaftler bei Software-Programmierern feststellen. Diese Ergebnisse decken sich zum Großteil mit früheren Studien zu diesem Thema (NeuroNews berichtete). Jedoch konnte im Gegensatz zu früheren Untersuchungen nicht bestätigt werden, dass die Berufsgruppe der Schweißer überproportional von einem Morbus Parkinson betroffen ist. jpo

Abstract aus Neurology 2005, Sep 14, doi:10.1212/01.wnl.0000180361.74060.70

<http://www.neuronews.de/linkto.php?ABOID=31666&ATID=6114&UID=439>

27.09.2005

### **Hormonalarm: Umweltchemikalien beeinträchtigen die männliche Fruchtbarkeit** München (ots)

- Umweltchemikalien stören den Hormonhaushalt von Mensch und Tier. Vor allem Fische leiden unter den Substanzen. Wie die Zeitschrift natur+kosmos in ihrer Oktoberausgabe berichtet, haben immer mehr Männchen deformierte Geschlechtsteile. Im Thuner See in der Schweiz, aber auch in England haben Angler unterhalb von Kläranlagen transsexuelle Fische gefangen. In hessischen Yachthäfen gingen Barsche mit vergrößerten Hoden ins Netz. Für den Menschen sind das Alarmsignale, denn Fische gelten als Frühwarnsysteme. Unter dem Verdacht hormonaktiv zu sein, stehen insgesamt 553 Substanzen, die derzeit in einem Forschungsprogramm der Europäischen Union untersucht werden. Hormonpräparate, Weichmacher und Pestizide könnten nämlich auch dafür verantwortlich sein, dass die Pubertät von Mädchen immer früher einsetzt oder die Spermaqualität von Männern nachlässt.

Originaltext: natur+kosmos

Ansprechpartner: Peter Hergersberg Redaktion natur+kosmos [pit@natur.de](mailto:pit@natur.de)

**Studie: Jedes zweite Kind leidet an Kopfschmerzen** GÖTTINGEN. Jedes zweite Kind hat laut einer Studie von Göttinger Wissenschaftlern im vergangenen halben Jahr unter Kopfschmerzen gelitten. 6,5 Prozent aller sieben bis 14-Jährigen waren ...

<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=14639&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

Anmerkung Scherrmann: Dass die Ursache dieser Kopfschmerzen Schadstoffe sein koennen, wird nicht thematisiert.

22.09.2005

**Studie: Motoröl gefährdet die Gelenke** London (ddp). Häufiger Hautkontakt mit Mineralöl erhöht das Risiko, an rheumatoider Arthritis zu erkranken. Damit sind Berufsgruppen, die mit Motor-, Hydraulik- und Schmieröl hantieren, besonders gefährdet. Das haben Forscher um Berit Sverdrup vom...  
<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2005&m=9&d=23&id=120476>

**EU-Kommission fordert strengere Grenzwerte für Luftverunreinigung** BRÜSSEL. Die Zahl vorzeitiger Todesfälle durch Feinstaub und Ozon in der Atemluft soll in der EU bis zum Jahr 2020 deutlich gesenkt werden. Das sieht eine Strategie zur Verbesserung der ... [mehr]  
<http://www.aerzteblatt.de/v4/news/letterlink.asp?m=htm&id=14587&md5=acd2c7d3889264afdb70ef63a3187f36>

**Dreckige Umwelt: Eine Million Tote pro Jahr in Asien** Etwa eine Million Menschen sterben jährlich an den Folgen der Umweltverschmutzung im Raum Asien/Pazifik.  
[http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=373377,4179./politik/gesundheitsystem\\_and](http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=373377,4179./politik/gesundheitsystem_and)

**Raucher erkranken schwerer an Rheuma als Nichtraucher - den Betroffenen wird das bisher noch zu selten gesagt** Patienten mit rheumatoider Arthritis, die rauchen, haben einen höheren Therapiebedarf und sprechen häufiger nicht auf die Behandlung an als Nichtraucher. Das sind die beiden wichtigsten Ergebnisse einer neuen Untersuchung, die auf dem 33. Kongreß der Deutschen Gesellschaft für Rheumatologie in Dresden vorgestellt wurde.  
<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=373405,4179./medizin/rauchen>

19.05.2005

**Eingefrorene Gesichter** Selbst knackig junge Menschen haben in den USA schon vor dem Alter Angst: Bereits mit 19 lassen sich Frauen und Männer Botulinumtoxin, besser bekannt als Botox, unter die Haut spritzen. [http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=372632,4165./magazin/auch\\_das\\_noch](http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=372632,4165./magazin/auch_das_noch)

15.09.2005

**Missbrauch von Ritalin® an US-Universitäten** CAMBRIDGE. Methylphenidat und andere Medikamente zur Behandlung der Aufmerksamkeits-Defizit-Hyperaktivitätsstörung (ADHD) bei Kindern werden immer häufiger auch von jungen Erwachsenen ... <http://www.aerzteblatt.de/>

**Alkoholsucht: Bei Jugendlichen veränderte Hirnstruktur** Palo Alto (ddp). Alkoholabhängige Jugendliche haben eine veränderte Hirnstruktur: Der so genannte präfrontale Cortex, der für die Verarbeitung von Sinneseindrücken und ihrer Verknüpfung mit Emotionen zuständig ist, ist bei ihnen deutlich kleiner als... <http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2005&m=9&d=16&id=120408>

**Mülldeponie-Großbrand: Keine Gesundheitsgefährdung** Berlin (ddp). Der Senat schließt eine Gesundheitsgefährdung der Berliner Bevölkerung durch den Großbrand auf einer Mülldeponie im brandenburgischen Bernau aus. Die sofort eingeleiteten Messungen hätten ergeben, dass die Schadstoffbelastung  
<http://www.netdokter.de/nachrichten/index.asp?y=2005&m=9&d=16&id=120409>

Anmerkung Scherrmann: Exemplarisches Beispiel: Nur die Akutbelastung ist im Blickfeld der Beurteilung.

13.09.2005

**Tabakkonsum: Raucher legen Kindern Krebsrisiko in die Wiege** Wenn Eltern rauchen, legen sie den Grundstein für eine spätere Krebserkrankung ihrer Kinder. Besonders häufig sind Tumore in der Nase. Kinder von Müttern, die in der Schwangerschaft geraucht haben, leben mit einem erhöhten Blasen- und Nierenkrebsrisiko. <http://www.spiegel.de/wissenschaft/0,1518,,00.html> und/oder

**Rauchen für Eltern tabu** Rauchende Eltern legen den Grundstein für eine mögliche spätere Krebserkrankung ihrer Kinder. Passivrauchen erhöht nicht nur das Risiko der Kinder für Nasen- oder Lungenkrebs um das drei- und 1,7fache im Vergleich zu Kindern von Nichtrauchern.

<http://www.aerztezeitung.de> und/oder

### **Diagnose Krebs - wenn die Eltern das Laster nicht lassen**

Studie zeigt erhöhtes Krebsrisiko durch rauchende Eltern (pte050914026, pte.monitor 'Gift')  
<http://www.presstext.de/pte.mc?pte=050914026>

**Atomkraft in Europa: Von billig keine Rede** Experte kritisiert mangelndes Engagement der Bevölkerung <http://www.presstext.de/pte.mc?pte=050914038>

**Tschechien verbietet Rauchen auf Bahnhöfen** In der Tschechischen Republik ist das Rauchen in öffentlichen Gebäuden ab dem 1. Januar 2006 deutlich eingeschränkt. Das sieht ein Gesetz vor, das am Freitag von Präsident Vaclav Klaus unterschrieben wurde.

[http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=371567,4158,/politik/gesundheitsystem\\_and](http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=371567,4158,/politik/gesundheitsystem_and)

**Bremer Wissenschaftler weisen hohe Luftverschmutzung über China nach** Die Luftverschmutzung über China ist in den vergangenen sechs Jahren dramatisch angestiegen. Die Werte, festgestellt durch Satelliteninstrumente auf den Satelliten ERS-2 und ENVISAT, sind kürzlich unter anderem durch Bremer und Hamburger Wissenschaftler veröffentlicht worden.

<http://www.aerztezeitung.de/nel/?id=371325,4158,/medizin/umweltmedizin>

=====

## **POLITIK - BEHOERDEN**

=====

### **Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung**

#### **FIT WERDEN, GESUND BLEIBEN, AKTIV SEIN - PRÄVENTION GEHT ALLE AN**

Für Prävention ist es nie zu früh und nie zu spät. Das Umdenken in Richtung vermehrter Gesundheitsförderung und Krankheitsvorbeugung hat begonnen. Aktives Eintreten für das eigene Wohlbefinden und frühzeitiges Vermeiden von gesundheitlichen Einschränkungen müssen größere Verbreitung finden, alltägliche Selbstverständlichkeit sein und zu konkretem Handeln führen. Prävention heißt Verantwortung übernehmen - für sich und andere.

#### **GESUNDHEIT UND GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE BEI MENSCHEN ÜBER 50 - DIE PREISTRÄGER DES PRÄVENTIONSPREISES 2005 IM PORTRAIT**

Seit 2004 gibt es den Deutschen Präventionspreis. Mit ihm zeichnen das Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, die Bertelsmann Stiftung und die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung in jährlich wechselnden Bereichen Projekte der Gesundheitsförderung aus: um vorbildliche Aktivitäten zu würdigen und die nötige öffentliche Aufmerksamkeit zu schaffen. 2005 ging es um Prävention und Gesundheit in der zweiten Lebenshälfte. Die SPI stellt die Gewinner vor.

#### **INTERVIEW MIT BUNDESGESUNDHEITSMINISTERIN ULLA SCHMIDT: "KINDER BRAUCHEN EINEN GESUNDEN UND SICHEREN LEBENSSTART"**

Die Weichen für Gesundheit und Wohlbefinden im Alter werden schon in Kindheit und Jugend gestellt. Deshalb kommt der Prävention bei Kindern und Jugendlichen besondere Bedeutung zu. Ob gesunde Ernährung, ausreichende Bewegung oder Unfallverhütung: Ansätze für vorbeugendes Verhalten und Gesundheitsförderung gibt es viele. Und was Hänchen lernt, verlernt Hans nimmermehr. Im Gespräch mit der SPI erläutert Ulla Schmidt, wer gefordert ist, was getan wird und in welche Richtungen die Anstrengungen verstärkt werden müssen.

#### **INTERVIEW MIT MARION CASPERS-MERK, DROGENBEAUFTRAGTE DER BUNDESREGIERUNG: "AUFKLÄREN UND EINGREIFEN"**

Prävention bedeutet, gesundheitliche Herausforderungen stärker von den Wurzeln her anzugehen - denselben Ansatz muss auch die Drogen- und Suchtpolitik verfolgen. Die Ziele sind klar: weniger Suchtkranke, weniger menschliches Leid und weniger Folgekosten für die Sozialsysteme. Der Weg dahin: soziale Ursachen bekämpfen, aber auch aufklären und - wo nötig - entschieden eingreifen. Wie diese Doppelstrategie aussieht, was sie bewirken kann und welche Rolle den Bundesländern und

Kommunen zukommt - das erklärt Marion Caspers-Merk im SPI-Interview.

## AKTUELLES IM ÜBERBLICK: GEGEN ALKOHOLMISSBRAUCH BEI JUGENDLICHEN; MEHR NICHTRAUCHERSCHUTZ IN GASTSTÄTTEN UND KRANKENHÄUSERN

Alkopops drohen die Gefahr des Einstiegs Jugendlicher in den Alkoholmissbrauch dramatisch zu vergrößern. Die Politik griff mit einer Sondersteuer ein. Die Maßnahme wirkt, wie eine Untersuchung der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung zeigt. Auf Information, Beratung und Hilfe zielt das Bundesmodellprogramm "HaLT", mit dem speziell Fälle exzessiven Alkoholkonsums bei Jugendlichen bekämpft werden. Über beide Themen berichtet die SPI - ebenso wie über Vereinbarungen und Anstrengungen zum Nichtraucherschutz in Gastgewerbe, Hotellerie und Krankenhäusern.

### SERVICE

Auf der letzten Seite der SPI wie immer: Tipps, Hinweise und Bestelladressen. Diesmal unter anderem zum "Fit bleiben" mit dem virtuellen Bewegungstrainer Paul und zur neuen Ratgeberbroschüre des BMGS "Wenn das Gedächtnis nachlässt".

**BESTELLUNG:** Wenn Sie kostenlos die gedruckte Ausgabe der "Sozialpolitischen Informationen" bestellen wollen, klicken Sie hier

<http://www.bmggesundheits.de>

Anmerkung Scherrmann: Wann wohl wird die Vermeidung von Schadstoffen (z. B: Innenraumschadstoffe) im Zusammenhang mit Praevention diskutiert?

=====

## **Bayerisches Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz**

München, 28. September 2005: Schnappauf: **Umweltschutz hilft Kosten sparen**

Handwerksbetriebe können durch Umweltschutzmaßnahmen massiv Kosten sparen. Dies teilte heute Umweltminister Werner Schnappauf nach einer Auswertung von über 30 bayerischen Betrieben mit, die freiwillig Umweltmaßnahmen in ihrer Firma eingeführt haben.

Handwerksbetriebe können durch Umweltschutzmaßnahmen massiv Kosten sparen. Dies teilte heute Umweltminister Werner Schnappauf nach einer Auswertung von über 30 bayerischen Betrieben mit, die freiwillig Umweltmaßnahmen in ihrer Firma eingeführt haben. Schnappauf: "Die Best-Practice-Beispiele bayerischer Handwerksbetriebe zeigen ganz deutlich: Umweltschutz hilft Kosten senken, bei einzelnen Betrieben sogar bis zu 200.000 Euro auf einen Schlag. Schon Maßnahmen wie Brauchwassernutzung, Wärmerückgewinnung oder der Einsatz energiesparender Technologien können das Budget spürbar entlasten und gleichzeitig Ressourcen schonen." Schnappauf zufolge lassen sich beispielsweise im Gebäudereinigerhandwerk bereits durch optimierte Fahrtrouten-Planung 10 Prozent Treibstoff und durch dosierbare Nachfüllsysteme bis zu 20 Prozent Reinigungsmittel einsparen. Solche Einsparpotenziale gezielt zu ermitteln, helfen die Umweltberatungsstellen der Handwerkskammern, so der Minister weiter. Sie geben Handwerksbetrieben vor Ort Umwelt-Tipps, wie Ressourcen effizient eingesetzt und Betriebsabläufe optimiert werden können. Der Freistaat fördert die Umweltberatungsstellen der Handwerkskammern deshalb auch heuer wieder mit 270.000 Euro.

Die im Umweltpakt Bayern vereinbarte Förderung der Umweltberater ist nach den Worten Schnappaufs ein Musterbeispiel dafür, dass Umweltschutz und erfolgreiches Wirtschaften Hand in Hand gehen. "Bayerns Handwerker sind in Sachen Umweltschutz ganz weit vorn. Das spart richtig Geld und wirkt sich positiv auf das Firmen-Image aus", so der Minister. Die Förderung durch den Freistaat ist Schnappauf zufolge gut angelegt. Denn nach Expertenschätzung könnten 2 bis 5 Prozent der Gesamtbetriebskosten im produzierenden Gewerbe durch gezieltes Umweltmanagement eingespart werden. In Bayern wären das 5 bis 11 Milliarden Euro.

Die Umweltberater der bayerischen Handwerkskammern werden in den nächsten fünf Jahren u. a. rund 1.200 mehrtägige Beratungen (Intensivberatungen) in Handwerksbetrieben zum besseren Umweltschutz durchführen. Das Tätigkeitsfeld der Umweltberater ist breit gefächert. Schwerpunkte der Beratung sind vor allem die Abfalltrennung und -entsorgung, Fragen zum Gefahrstoffkataster und zu Ölabscheidern, Geräuschemissionen und Konsequenzen aus der Energiesparverordnung. Neben der individuellen Umweltberatung vermitteln die Umweltexperten den Handwerksbetrieben in Seminaren und Lehrgängen ihr Wissen zu aktuellen Themen des Umweltschutzes. Außerdem bringen

sie Umweltschutzthemen in Ausbildungslehrgänge und Meisterschulen ein und informieren über die unterschiedlichen Umweltmanagement-Systeme wie z.B. der in Bayern speziell für den Handwerksbereich entwickelte Qualitätsverbund umweltbewusster Handwerksbetriebe (QuH).

Weitere Informationen unter: [www.umweltpakt.bayern.de](http://www.umweltpakt.bayern.de)

---

## BUNDESTAG

keine relevanten Beiträge

---

## BfR Bundesinstitut fuer Risikobewertung

### 28.09.2005 **Weichmacher gehören nicht ins Speiseöl!**

BfR fordert Hersteller nachdrücklich auf, die Eintragspfade zu ermitteln und zu verschließen

Unter der Überschrift „Schmutziges Gold“ berichtet die Stiftung Warentest in der Oktoberausgabe ihrer Zeitschrift „test“ über die Ergebnisse einer Untersuchung von Olivenöl der Güteklasse „nativ extra“. Neben anderen Qualitätsmängeln wiesen die Prüfer in einigen der untersuchten Produkte Weichmacher nach. Vier Substanzen wurden analysiert, darunter das am häufigsten für diesen Zweck verwendete Diethylhexylphthalat, kurz DEHP, sowie Diisodecylphthalat (DIDP). Die Ursache für die Kontamination ist bislang nicht bekannt. In seiner Risikobewertung kommt das BfR zu dem Schluss, dass bei einem kurzfristigen Verzehr derart mit Weichmachern belasteter Olivenöle keine Gesundheitsschädigung zu erwarten ist, auch wenn es dabei zu einer Überschreitung der tolerierbaren täglichen Dosis kommt. Bei längerfristigem Verzehr von hoch belastetem Öl kann eine Gesundheitsschädigung dagegen nicht mehr ausgeschlossen werden. „Wir halten die nachgewiesenen Mengen für bedenklich. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass wir Weichmacher zusätzlich aus vielen anderen Quellen aufnehmen“, so der Präsident des Bundesinstituts für Risikobewertung, Professor Dr. Dr. Andreas Hensel: „Weichmacher haben in Olivenöl nichts zu suchen.“ Das BfR fordert die Hersteller der Olivenöle deshalb dringend auf, die Eintragspfade, zu denen die Verpackung in diesem Fall offenbar nicht gehört, zu ermitteln und zu verschließen. Diese Empfehlung gilt ebenso für alle anderen Speiseöle, sofern eine vergleichbare Kontamination vorliegt.

Weichmacher halten Kunststoffprodukte geschmeidig. Sie werden in so vielen Bereichen des täglichen Lebens verwendet, dass man von einem „ubiquitären“ Vorkommen spricht. Entsprechend häufig kommt der Verbraucher mit den Substanzen in Kontakt. Zu den am häufigsten verwendeten Weichmachern gehört das Phthalat DEHP. Seine akute Giftigkeit ist gering; die Substanz ist nicht als erbgutschädigend eingestuft. Dosisabhängig kann DEHP aber schädliche Wirkungen auf Hoden, Niere und Leber haben: Im Tierversuch beeinträchtigt DEHP die Fortpflanzungsfähigkeit und schädigt die Geschlechtsorgane männlicher Nachkommen. DIDP wirkt erst in höheren Mengen fortpflanzungsschädigend. Hier steht die leberschädigende Wirkung im Vordergrund. Für beide Substanzen hat die Europäische Agentur für Lebensmittelsicherheit (EFSA) erst vor kurzem tolerierbare tägliche Aufnahmemengen (Tolerable Daily Intake, TDI) abgeleitet. Der TDI für DEHP liegt bei 0,05 Milligramm pro Kilogramm Körpergewicht (mg/kg KG). Für DIDP und einen weiteren Weichmacher, das Diisononylphthalat (DINP) wurde ein sogenannter „Gruppen-TDI“ in Höhe von 0,15 mg/kg KG festgelegt.

Ein Verbraucher mit einem Körpergewicht von 60 kg schöpft den TDI-Wert für DEHP bereits dann voll aus, wenn er nur 40 g (ca. 2 Eßlöffel) des Olivenöls verzehrt, das in den Untersuchungen von Stiftung Warentest mit 75 mg/kg am höchsten belastet war. Weil davon auszugehen ist, dass derselbe Verbraucher DEHP gleichzeitig aus zahlreichen weiteren Quellen aufnimmt, würde er die tolerierbare Aufnahmemenge realistisch aber schon bei niedrigeren Verzehrsmengen überschreiten. Aufgrund des 100fachen Sicherheitsabstands, der bei der Festlegung eines TDI berücksichtigt wird, muss bei kurzfristigen Überschreitungen nicht mit gesundheitsschädlichen Wirkungen gerechnet werden. Wird der TDI längerfristig überschritten, können gesundheitliche Schädigungen nicht mehr sicher ausgeschlossen werden.

Bereits im August 2003 hatte das BfR darauf hingewiesen, dass die durchschnittliche tägliche Aufnahme von DEHP möglicherweise deutlich unterschätzt wird, weil der Eintrag über den Lebensmittelpfad bei der Bewertung auf europäischer Ebene nicht ausreichend berücksichtigt wurde. Die aktuellen Untersuchungen der Stiftung Warentest bestätigen diese Vermutung. Die damalige Forderung, die wichtigsten Quellen der Belastung zu identifizieren und die Exposition kurzfristig zu verringern, hält das BfR weiter aufrecht. Das Institut weist darauf hin, dass Verbraucher ihre DEHP-Aufnahme kaum selbst beeinflussen können. Zwar können sie die nach den Untersuchungen von Stiftung Warentest am stärksten belasteten Olivenöle meiden. Es kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass andere Öle ähnlich stark belastet sind. Die Empfehlung des BfR gilt deshalb ausdrücklich für alle Hersteller von Speiseölen.

Weitere Informationen zum Thema finden Sie auf der Homepage des BfR ([www.bfr.bund.de](http://www.bfr.bund.de)) unter dem Stichwort „Diethylhexylphthalat (DEHP)“ im A-Z-Index.

Dokumente: Weichmacher DEHP: Tägliche Aufnahme höher als angenommen? (Stellungnahme des BfR vom 23.07.2003) (PDF-Datei, 39.5 KB)

=====

## **UBA - UMWELTBUNDESAMT**

Dessau, den 29. September 2005 **Konsequenter Umweltschutz in Europa – gut für Mensch, Umwelt und Wirtschaft in Deutschland**

Europäische Umweltpolitik zentrales Thema des UBA-Jahresberichtes

Europäischer und internationaler Umweltschutz sowie deren Auswirkungen auf Deutschland und die Arbeit des Umweltbundesamtes (UBA) sind Schwerpunkte des UBA-Jahresberichtes 2004. In den Themen EU-Erweiterung, Chemikalienpolitik, internationale Luftreinhaltepolitik, Normung sowie Klimaschutz und Emissionshandel zeigt sich: Anspruchsvoller Gesundheits- und Umweltschutz ist erfolgreich und stärkt sowohl die europäische als auch die deutsche Wirtschaft. Mancherorts zu beobachtende Tendenzen, diese Politikfelder künftig zurückzustellen, sind vor diesem Hintergrund unverständlich. Prof. Dr. Andreas Troge, Präsident des UBA: „Wir sind in der Pflicht, die Gesundheit und Umwelt der Bürgerinnen und Bürger sowohl in den Beitrittsländern als auch in den alten EU-Ländern intakt zu halten und zu verbessern. Hörten wir heute auf, in den Schutz von Umwelt und Gesundheit zu investieren, müssen wir dies mit einiger Verzögerung in der Zukunft mit doppelter Münze zurückzahlen. Durch Bremsen beim Umweltschutz verpassten wir – auch in Deutschland – die Chance, die neuen, sich abzeichnenden Märkte für Umweltschutzgüter zu erschließen. Unser wertvolles Wissen und unsere Spitzenreiterposition bei Umwelt- und Energietechnik nutzen wir nicht genügend.“

So gehen etwa die aktuellen Vorschläge der Ausschüsse Binnenmarkt und Industrie des europäischen Parlaments zur neuen Chemikalienpolitik der EU – kurz REACH – dahin, für Chemikalien unter 10 Tonnen in der Regel nur noch bereits vorhandene Untersuchungen vorzulegen und die Testanforderungen für die übrigen Chemikalien deutlich zu reduzieren. Nicht 30.000 – wie im ursprünglichen REACH-Entwurf vorgesehen – sondern nur ein Bruchteil der chemischen Stoffe würde somit auf ihre Gefährlichkeit geprüft. Das heißt: REACH würde letztlich zu einem weitgehend wirkungslosen Programm für großvolumige Altstoffe verkümmern. Ein derart abgeschwächtes Chemikalienrecht würde das Risiko von Chemikalien für die menschliche Gesundheit und die Umwelt unbewertbar lassen.

REACH hätte damit seinen Sinn und Zweck verfehlt. Der Vorschlag der amtierenden britischen EU-Präsidentschaft, der berechtigte Sorgen hinsichtlich des bisherigen Kommissionsentwurfes für REACH aufgreift und Verbesserungen sowie Präzisierungen vorgenommen hat, ist deshalb zu unterstützen.

Der UBA-Jahresbericht zeigt auch: Internationale und europäische Umweltpolitik haben Früchte getragen. Mit dem Start des Emissionshandels für das klimaschädliche Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) im vergangenen Jahr wurde eine wichtige Forderung vieler Umweltschützer Realität: Die Nutzung der Umwelt ist nicht mehr kostenlos. Sie erhält einen Preis – der Ausstoß des CO<sub>2</sub> wird zum Thema für Finanzvorstände, die bei Investitionsentscheidungen nun auch die CO<sub>2</sub>-Bilanz berücksichtigen müssen. Jetzt gilt es, dieses innovative Instrument in seiner ökologischen und ökonomischen Wirksamkeit zu festigen und weiter zu entwickeln. Dazu gehört, das Emissionshandelssystem auf andere Wirtschaftssektoren zu erweitern – wie den Flug- und Schiffsverkehr – um einen größeren Teil der bestehenden Treibhausgasemissionen mit dem CO<sub>2</sub>-Handel zu erfassen und damit den Markt für

Emissionsberechtigungen attraktiver zu machen.

Auch in anderen Bereichen gibt es erhebliche Fortschritte: So sichern die Aktivitäten zur Normung technischer Standards, von Messmethoden und Grenzwerten zunehmend dasselbe Umweltschutzniveau in den Mitgliedstaaten und darüber hinaus. Die gemeinsame wissenschaftliche Grundlage ist eine wichtige Voraussetzung für die Vergleichbarkeit und bessere Bewertung der intensiven Umweltbeobachtung in Deutschland und Europa. Erst auf dieser Basis sind fundierte sowie kostenoptimierte Einigungen – etwa im Luftreinhalteabkommen der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE), das im vergangenen Jahr sein 25-jähriges Bestehen feierte – möglich. Mit der wissenschaftlichen Zusammenarbeit und auf dem Wege politische Verhandlungen ist es gelungen, die Luftverschmutzung in der nördlichen Hemisphäre erheblich zu verringern. In Deutschland sind etwa die Schwefeldioxid-Emissionen – verglichen mit dem Jahr 1990 – um knapp 90 Prozent zurückgegangen. Doch noch immer sind die Einträge von Luftschadstoffen in Ökosysteme – wie etwa Wälder – zu hoch. Zudem verlangen andere Stoffe – beispielsweise schwer abbaubare (persistente) organische Stoffe (POPs) – nach angemessenen Regelungen. Mit hohem Engagement arbeiten die Staaten der UNECE-Luftreinhaltekonvention deshalb an deren erfolgreicher Weiterentwicklung.

Die Erweiterung der Europäischen Union (EU) am 1. Mai 2004 um zehn weitere Mitgliedstaaten ist eine große Chance, binnen weniger Jahre die Lebensbedingungen von Millionen Menschen spürbar zu verbessern und die Umwelt von Altlasten zu befreien. Das UBA engagiert sich seit vielen Jahren für die bessere Zusammenarbeit im Umweltschutz zwischen den Staaten Europas. Das Amt unterstützte die Beitrittsstaaten vor allem dabei, die geeigneten Voraussetzungen im Umweltschutz für die Integration in die EU zu schaffen. Die Fülle dieser Aktivitäten macht deutlich, welchen großen Stellenwert die EU-Erweiterung für den Gesundheits- und Umweltschutz in den beigetretenen Ländern einnimmt und demonstriert gleichzeitig eindrücklich, wie viel Anstrengung zur Umsetzung des größten Umweltprogramms in Europa – nichts anderes ist die EU-Erweiterung – verlangt.

Der UBA-Jahresbericht 2004 ist als Druckfassung und CD-ROM (mit zusätzlichen Informationen) kostenlos erhältlich beim GVP Gemeinnützige Werkstätten Bonn, In den Wiesen 1-3, 53227 Bonn, Fax: 01888 305 3356, e-mail: [uba@broschuerenversand.de](mailto:uba@broschuerenversand.de). Der Bericht steht auch im Internet unter [www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/UBAJB2004.pdf](http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-medien/UBAJB2004.pdf) zur Verfügung.  
HTML: <http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2005/pd05-057.htm>  
PDF: <http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi05/pd05-057.pdf>

\*\*\*

Brüssel, Berlin/Bonn, Dessau, Dresden, den 20. September 2005: Gemeinsame Presseinformation der Europäischen Kommission – GD Umwelt – des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und des Umweltbundesamtes

### **Auf dem Weg zur nachhaltigen Produktion in der erweiterten EU - Internationaler Expertenkreis diskutiert die weitere Verbesserung des industriellen Umweltschutzes**

"Eine ökologisch intakte und lebenswerte Umwelt ist kein Privileg, sondern ein Menschenrecht", sagt Margareta Wolf, die Parlamentarische Staatssekretärin des deutschen Bundesumweltministeriums zur Eröffnung der internationalen Konferenz "Auf dem Weg zur nachhaltigen Produktion in der erweiterten EU – Integrierte Vermeidung und Verminderung von Umweltverschmutzung (IVU)". Um die natürlichen Lebensgrundlagen dauerhaft und ein hohes Schutzniveau für die Umwelt insgesamt zu erhalten, muss auch der Beitrag der Industrie zu einer nachhaltigen Entwicklung weiter verstärkt werden. "Dafür ist eine vollständige und fristgerechte Implementierung der IVU-Richtlinie bis Oktober 2007 notwendig. Diese stellt eine erhebliche Herausforderung für eine Reihe von Mitgliedsstaaten und Anlagenbetreiber dar und erfordert schnelle Fortschritte sowie hohe Anstrengungen. Die Kommission wird diesen Prozess genau verfolgen", sagt Jos Delbeke, Direktor in der Generaldirektion Umwelt der Europäischen Kommission. 400 Fachleute aus Europa und Übersee, darunter fast alle Mitgliedstaaten und Kandidatenländer der EU, sowie aus Umweltverbänden und der Industrie beraten von heute bis zum 22. September 2005 in Dresden über die Anwendung und Weiterentwicklung der IVU-Richtlinie. Veranstaltet wird die Konferenz gemeinsam von der Europäischen Kommission und dem Bundesumweltministerium. Ihre Organisation haben das Umweltbundesamt und das Unternehmen Ecologic übernommen; das Bundesland Sachsen und die Republik Ungarn unterstützen die Konferenz.

Die IVU-Richtlinie hat das Ziel, in den Industrieanlagen in ganz Europa ein hohes Vorsorgeniveau im Umweltschutz bei Produktionsanlagen zu schaffen, um sowohl die Bevölkerung als auch die Umwelt vor nachteiligen Umweltwirkungen der industriellen Produktion zu schützen. Gerade die aktuellen Entwicklungen im Klimaschutz und die Feinstaubbelastungen zeigen, dass – über die erreichten Verbesserungen der industriellen Umweltstandards hinaus – neben den Maßnahmen in anderen Bereichen noch einiges zu tun bleibt.

Die IVU-Richtlinie fordert deshalb EU-weit die Anwendung fortschrittlicher Techniken – so genannter Bester Verfügbarer Techniken (BVT) – und nennt Prinzipien der nachhaltigen Produktion, die durch Industrieanlagen einzuhalten sind. Die damit verbundene Modernisierung der Industrieanlagen in Europa bedeutet einen wichtigen Effizienz- und Innovationsschub. Sie hat positive Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Industrie, sie schafft sowie sichert Arbeitsplätze.

Neun Jahre nach Verabschiedung der IVU-Richtlinie will die Konferenz eine Zwischenbilanz ihrer Umsetzung ziehen und Perspektiven für ihre Weiterentwicklung eröffnen. Damit schließt sie an die Vorläuferkonferenz im Jahr 2000 in Stuttgart an, deren Schwerpunkt auf dem so genannten Sevilla-Prozess lag. Der Sevilla-Prozess – organisiert durch die Europäische Kommission – dient dem Informationsaustausch über die BVT relevanter Industriebranchen; sein Ergebnis sind die so genannten BVT-Merkblätter (siehe <http://eippcb.jrc.es>). Diese beschreiben die BVT sowie die mit ihnen verbundenen Emissionen und Ressourcenverbräuche. Die Merkblätter dienen als Leitfaden für die Genehmigung von Industrieanlagen. Mittlerweile liegen für fast alle Branchen die BVT-Merkblätter vor und werden in den Mitgliedstaaten bei der Anwendung der IVU-Richtlinie genutzt. Sie finden auch außerhalb der Europäischen Union große Beachtung, da sie den Stand des derzeitigen Wissens über den vorsorgenden Umweltschutz bei Industrieanlagen wiedergeben, und fördern somit die Entwicklung internationaler Umweltschutzstandards für solche Anlagen.

Die aktuelle Konferenz greift Probleme bei der Umsetzung der IVU-Richtlinie auf und zeigt gute Praxisbeispiele aus verschiedenen Mitgliedstaaten für einen sowohl wirkungsvollen als auch unbürokratischen Vollzug. Darüber hinaus widmet das Treffen der speziellen Situation und den besonderen Herausforderungen der neuen Mitgliedstaaten bei der Implementierung der IVU-Richtlinie ein besonderes Augenmerk.

Eine wichtige Herausforderung der nahen Zukunft ist es, die Umsetzungsfrist bis zum 30. Oktober 2007 einzuhalten, zu der alle Industrieanlagen, auch so genannte Altanlagen, die BVT anwenden müssen. Eine bessere Vergleichbarkeit der Daten über die Umweltstandards und Umweltleistung der Industrieanlagen ermöglicht es, die Fortschritte der Implementierung der IVU-Richtlinie zu verfolgen.

Ferner sind eine fortlaufende Revision der BVT-Merkblätter sowie eine anspruchsvolle Weiterentwicklung der IVU-Richtlinie und der mit ihr verbundener Rechtsvorschriften erforderlich, um die Entwicklung der europäischen Industrie zu einer erfolgreichen und wettbewerbsfähigen nachhaltigen Produktion weiterzuführen.

Eine entscheidende Voraussetzung hierfür ist die weiterhin engagierte und konstruktive Mitwirkung aller Akteure und Betroffenen: der Mitgliedsstaaten, der Industrie, der Umwelt- und Verbraucherverbände, der Wissenschaft sowie der Öffentlichkeit.

Weitere Informationen über die Konferenz erhalten Sie über die Internet-Seite [www.ecologic-events.de/ipcc](http://www.ecologic-events.de/ipcc) .

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2005/pd05-055.htm>  
<http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi05/pd05-055.pdf>

Internet: [www.europa.eu.int/comm/environment/ipcc/index.htm](http://www.europa.eu.int/comm/environment/ipcc/index.htm)

\*\*\*

Berlin/Dessau, 16. September 2005

**Deutschland wieder Weltmeister beim Export von Umweltschutzgütern - Umweltschutzgüter im Wert von 35 Milliarden US-Dollar ins Ausland geliefert**

Umweltschutzgüter „made in Germany“ genießen international einen guten Ruf. Die aktuellen, jetzt vorliegenden, Zahlen aus dem Jahr 2003 belegen: Deutschland hat potenzielle Umweltschutzgüter im Wert von 35 Milliarden US-Dollar ins Ausland geliefert. Mit einem Welthandelsanteil von knapp 19 Prozent haben deutsche Unternehmen damit erstmals seit zehn Jahren wieder knapp die Nase vorn, gefolgt von den USA und Japan. Dies belegen Zwischenergebnisse eines Forschungsprojektes, die das Niedersächsische Institut für Wirtschaftsforschung im Auftrag des Umweltbundesamtes (UBA) ermittelt hat. Der größte Anteil der Exporte entfällt auf Produkte der Mess-, Steuer- und Regeltechnik – wie zum Beispiel Geräte zum Messen der Wärmemenge.

Bundesumweltminister Jürgen Trittin und der Präsident des Umweltbundesamtes Prof. Dr. Andreas Troge begrüßten die Untersuchungsergebnisse. Trittin: „Ohne eine anspruchsvolle und vorausschauende Umweltpolitik wären diese Erfolge nicht möglich gewesen. Die erfreulichen Entwicklungen beim Export von Umweltschutzgütern sind nicht nur gut für den internationalen Umweltschutz. Sie nützen auch der heimischen Wirtschaft und sichern in Deutschland Arbeitsplätze.“ Troge: „Für ein hoch entwickeltes Land – wie Deutschland – ist es wichtig, seine Wettbewerbsvorteile – die Entwicklung innovativer Techniken – zu nutzen. Deutsche Unternehmen konnten seit dem Jahr 2000 den Welthandelsanteil an potenziellen Umweltschutzgütern kontinuierlich steigern.“

Potenzielle Umweltschutzgüter – wie Pumpen, Leitungen, Mess-Steuer- und Regelgeräte – können Umweltschutzzwecken dienen, aber auch andere Funktionen erfüllen. Das Konzept der potenziellen Umweltschutzgüter geht zurück auf eine Konvention, die Forschungsinstitute in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt in den neunziger Jahren entwickelt haben und das seitdem für Studien zur technologischen Leistungsfähigkeit verwendet wird.

Die meisten Erfindungen in der Umweltschutztechnik stammen aus Deutschland. Mit 23 Prozent aller jährlich beim Europäischen Patentamt angemeldeten Umweltschutzpatente, liegt Deutschland noch vor den USA (22 Prozent) und Japan (19 Prozent). International erfolgreich sind vor allem Unternehmen in den Sparten Luftreinhaltung, Lärmschutz und Recycling.

Die positive Entwicklung zeichnet sich schon seit einigen Jahren ab. Deutsche Unternehmen konnten seit dem Jahr 2000 den Welthandelsanteil an potenziellen Umweltschutzgütern kontinuierlich steigern. Keinem anderen Land ist dies in ähnlich erfolgreicher Weise gelungen. Während in Deutschland mittlerweile fünf Prozent der Exporte des verarbeitenden Gewerbes potenzielle Umweltschutzgüter sind, liegt der Durchschnitt in den OECD-Ländern bei 3,8 Prozent.

Prof. Troge: „Die Zahlen des Projektes verdeutlichen: Anspruchsvolle Umweltpolitik sichert dauerhaft die Wertschöpfung in Deutschland. So hat der in Deutschland frühzeitig begonnene Klimaschutz der Wirtschaft internationale Wettbewerbsvorteile gebracht. Erfolgreiche Umweltpolitik stimuliert Innovationen, die vielfach auch international übertragbar sind. Dagegen hat Deutschland im Imitations- und Kostenwettbewerb eher geringe Chancen.“

Bundesumweltminister Jürgen Trittin: „Die Nachfrage nach ressourcensparenden Techniken wird weltweit enorm steigen. Die Öl- und Benzinpreisentwicklung, mit der wir heute konfrontiert sind, ist hier nur ein erstes Wetterleuchten künftiger Entwicklungen. Die im technischen Bereich liegenden Potenziale für Umweltschutz, Wirtschaftswachstum und Beschäftigung sind nicht hoch genug einzuschätzen. Um Sie zu erschließen, müssen wir, wie bei den Erneuerbaren Energien, im eigenen Land die Anwendung moderner umwelt- und ressourcenschonender Techniken demonstrieren. Dazu brauchen wir auch weiterhin eine anspruchsvolle Umweltpolitik. Weltmeister sein ist schön und gut. Weltmeister bleiben, das ist wichtiger!“

Das Forschungsprojekt „Wirtschaftsfaktor Umweltschutz“ bearbeitet die Projektgemeinschaft Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin, Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung (NIW), Hannover und das Fraunhofer-Institut für System- und Innovationsforschung (ISI), Karlsruhe. Bei den dargestellten Schätzungen handelt es sich um Zwischenergebnisse, für die das NIW federführend verantwortlich ist.

Wichtige Kennzahlen des Exports finden Sie unter: <http://www.umweltbundesamt.de/>  
<http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi05/pd05-054.pdf>

\*\*\*

Dessau, den 14.09.2005

### **Neu: Leitfaden zur Sanierung bei Schimmelpilzbefall**

UBA empfiehlt: Sachgerechtes Bauen und richtiges Lüften verhindern Schimmelpilz in Innenräumen  
Schimmelpilz im Wohnbereich: Was tun? Die Innenraumlufthygiene-Kommission (IRK) des Umweltbundesamtes (UBA) weiß Rat. Sie veröffentlicht im kostenlosen 64-seitigen Leitfaden zur „Ursachensuche und Sanierung bei Schimmelpilzwachstum in Innenräumen“ wirkungsvolle Methoden und Verfahren der Schimmelpilzsanierung. Die Publikation ergänzt den im Dezember 2002 erstellten ersten Leitfaden, der vor allem die Methoden zur Erfassung und die gesundheitlichen Risiken der Schimmelpilze in Innenräumen beschrieb. Beide Publikationen sind auch im Internet unter <http://www.umweltbundesamt.de> abrufbar.

Die Veröffentlichung des „Leitfaden zur Vorbeugung, Untersuchung, Bewertung und Sanierung von Schimmelpilzwachstum in Innenräumen“ („Schimmelpilz-Leitfaden“) im Jahr 2002 fand eine breite Resonanz. Im UBA gingen danach zahlreiche Anfragen ein: Wie kann Schimmelpilzbefall sachgerecht beseitigt werden? Welche Möglichkeiten gibt es, betroffene Gebäudeteile dauerhaft zu sanieren? Der erste Schimmelpilz-Leitfaden enthält dazu nur generelle Empfehlungen, welche die aktuelle Veröffentlichung – der Schimmelpilz-Sanierungsleitfaden – nun präzisiert.

Zudem gibt es ausführliche Informationen über Methoden und Verfahren für Sanierungsarbeiten. Experten und Laien erfahren, wann welches Verfahren geeignet und was bei der Sanierung zu beachten ist. Auch Schutzmaßnahmen für das Sanierungspersonal sowie die betroffenen Bewohner werden beschrieben.

Die aktuelle Publikation analysiert die Ursachen für das Entstehen der Schimmelpilzschäden aus bauphysikalischer und biologischer Sicht. Sie enthält ausführliche Tipps zum richtigen Lüften und zu mechanischen Lüftungsmöglichkeiten. Genau diese Fragen gewinnen zukünftig an Bedeutung, denn wegen der – durchaus erwünschten – energiesparenden Bauweise werden die Gebäudehüllen immer luftdichter. Nur durch sachgerechtes Lüften und Heizen ist es möglich, Schimmelpilzwachstum in diesen Gebäuden zu vermeiden. Richtiges Lüften und Heizen ist darüber hinaus in allen Gebäuden wichtig.

Der Schimmelpilzleitfaden aus dem Jahr 2002 sowie der aktuelle Schimmelpilz-Sanierungsleitfaden sind kostenlos erhältlich beim GVP Gemeinnützige Werkstätten Bonn, In den Wiesen 1-3, 53227 Bonn, Fax: 01888 305 3356.

Beide Veröffentlichungen sind auch im Internet unter der Adresse:  
<http://www.umweltbundesamt.org/fpdf-l/2199.pdf> als Download veröffentlicht.

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2005/pd05-052.htm>

<http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi05/pd05-052.pdf>

\*\*\*

Dessau, den 14.09.2005

### **Lärmgrenzwerte für Autos bewirken in der Praxis wenig - Viele Autos immer noch so laut wie vor 25 Jahren**

Die Typprüfung von Kraftfahrzeugen sollte den Lärm im realen Verkehr besser abbilden

Die Geräusch-Grenzwerte für Autos sind in den vergangenen 25 Jahren zwar stetig verschärft worden. Doch sind die Pkw bei weitem nicht so leise, wie die Grenzwertsenkungen es erwarten lassen. Viele Autos sind heute noch so laut wie vor 25 Jahren. Dies ergab ein Praxistest des Rheinisch-Westfälischen TÜV im Auftrag des Umweltbundesamtes. Der Grund dafür: Die so genannte Kfz-Typprüfung konzentriert sich vor allem auf das Geräusch des Motors, berücksichtigt aber das Abrollgeräusch der Reifen auf der Straße nicht ausreichend. In der Zukunft ist daher bei der Kfz-Typprüfung das Abrollgeräusch deutlich stärker zu gewichten. Außerdem ist sicherzustellen, dass in der Praxis keine lauterer Reifen verwendet werden als bei der Typprüfung.

Der Vergleich des Lärms, den Pkw und Lkw heute machen und vor 25 Jahren verursacht haben,

belegt: Nur beim Antriebsgeräusch der Fahrzeuge haben die Hersteller deutliche Fortschritte erzielt. So wurden zum Beispiel schwere und leistungsstarke Lkw bei Beschleunigungsvorgängen im Mittel um sieben Dezibel (dB) leiser. Beim Reifen-Fahrbahn-Geräusch sind dagegen kaum positive Entwicklungen zu beobachten: Bei konstanter Geschwindigkeit sind Pkw heute noch so laut sind wie vor 25 Jahren.

Die Geräusch-Emissionen sanken umso weniger, je größer der Anteil des Reifengeräuschs am Gesamtgeräusch des betrachteten Fahrzeugs und Betriebszustands war. Ein Grund liegt in dem vorgeschriebenen Typprüfverfahren. Dieses konzentriert sich vor allem auf das Antriebsgeräusch. Für viele Fahrzeugklassen und Betriebszustände trägt jedoch das Reifengeräusch wesentlich zum Gesamtlärm des Fahrzeugs bei. In Zukunft ist daher bei der Typprüfung das Geräusch der Reifen auf der Fahrbahn stärker zu gewichten. Dies ist im neuen Prüfverfahren der UNECE (United Nations Economic Commission for Europe) vorgesehen. Zusätzlich ist sicherzustellen, dass die Fahrzeuge in der Praxis nicht mit Reifen betrieben werden dürfen, die lauter sind als die bei der Typprüfung verwendeten Reifen. Sonst verliert die UNECE-Geräusch-Typprüfung vor allem bei Pkw und leichten Nutzfahrzeugen ihre Wirkung.

Die Studie „Ermittlung der Geräuschemissionen von Kfz in Straßenverkehr“ ist beim Umweltbundesamt, Fachgebiet I 3.3, Postfach 1406, 06813 Dessau, Tel: 0340 2103 2623, Lars Schade, erhältlich und steht unter [www.umweltbundesamt.de/verkehr](http://www.umweltbundesamt.de/verkehr) zum Download bereit.

<http://www.umweltbundesamt.de/uba-info-presse/2005/pd05-051.htm>

<http://www.umweltdaten.de/uba-info-presse/pi05/pd05-052.pdf>

=====

Ende des newsletter/d/90

Alle Angaben ohne Gewähr. Alle Informationen in diesem Newsletter wurden sorgfältig recherchiert. Dennoch kann keine Haftung für die Richtigkeit der gemachten Angaben übernommen werden.

Wenn Sie den newsletter/deutsch nicht mehr erhalten wollen, mailen Sie bitte "Unsubscribe newsletter/deutsch" in der Betreffs-zeile an [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org)

Ingrid Scherrmann

Fuchsfeldstr. 50, D-88416 Ochsenhausen, phone: + 49 7352 940529,

email: [info@safer-world.org](mailto:info@safer-world.org) , web: <http://www.safer-world.org>

SAFER WORLD ist ein privates unabhängiges internationales Internet-Netzwerk für eine gesündere Umwelt